

Anlage: Stellungnahme der Rheinenergie AG

„Nach den Ereignissen in Fukushima und der seither in Deutschland eingetretenen politischen Entwicklung ist der Pfad für einen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland unumkehrbar.

Damit benötigt Deutschland ein neues, gesellschaftlich belastbares Konzept für eine sichere und wirtschaftlich verantwortbare Energieversorgung. Ziel dabei bleibt, einen möglichst schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien zu erreichen.

Beim beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie werden vor allem die großen Stadtwerke eine wesentlich wichtigere Rolle spielen als beim gescheiterten, auf der Laufzeitverlängerung basierenden Energiekonzept der Bundesregierung – sowohl bei der Kraft-Wärme-Kopplung als auch beim Umbau der Versorgungslandschaft auf energieeffiziente und erneuerbare Technologien.

Auf dem Weg dahin werden neben dem beschleunigten Ausbau der regenerativen Energieerzeugung moderne, hocheffiziente, fossil betriebene Kraftwerke an Bedeutung gewinnen - insbesondere solche, die Strom und Wärme gekoppelt produzieren können - und sind unverzichtbar.

Die RheinEnergie ist für diese Aufgabe durch ihr Investitionsprogramm, das beide Erzeugungskomponenten berücksichtigt, sehr gut aufgestellt und wird sich an der Lösung der energiewirtschaftlichen Herausforderungen aktiv beteiligen. Dabei muss stets insbesondere zum Wohle aller Bürger darauf geachtet werden, dass die Ecksäulen der Stromversorgung, nämlich die Versorgungssicherheit, die Umweltverträglichkeit und die Wirtschaftlichkeit (im Sinne kostengünstiger Versorgung für die Bürger und die Industrie) optimal erfüllt werden.

Die RheinEnergie gehört zudem als kommunal geprägtes Unternehmen mehrheitlich den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Köln und fühlt sich diesen gegenüber in besonderer Weise verantwortlich.

Unmittelbare Einflussnahme-, Teilnahme- und Informationsmöglichkeiten der Öffentlichkeit in Bezug auf die Geschäftstätigkeit der RheinEnergie AG sind jedoch gesetzlich weitestgehend ausgeschlossen. Auch die Einflussnahme von Aktionären auf die Geschäftstätigkeit der RheinEnergie AG ist nur im Rahmen des gesetzlich Zulässigen erlaubt, da auch Rechte von Minderheitsaktionären zu berücksichtigen sind.

Darüber hinaus entspricht es dem Selbstverständnis der RheinEnergie AG, den Bürgerinnen und Bürgern sowie Aktionsgemeinschaften mit offener Dialogbereitschaft zu begegnen, ihre energiewirtschaftlichen Aktivitäten zu erläutern und, soweit wirtschaftlich vertretbar, konstruktive Anregungen aufzunehmen. So hat sich die RheinEnergie AG auch in diesem Fall intensiv darum bemüht, mit ATTAC Köln Kontakt aufzunehmen, um im persönlichen Gespräch die beiderseitigen Standpunkte und Sichtweisen kennenzulernen und sachlich auszutauschen.

Dies vorausgeschickt, nimmt die RheinEnergie AG zum Bürgerantrag von ATTAC vom 18.01.2011 wie folgt Stellung:

Zu 1)

Die RheinEnergie AG hält den beantragten Investitionsstopp für Kraftwerke, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, aus folgenden Gründen nicht für sachgerecht:

1. Gasbefeuerte hocheffiziente GuD-Anlagen erreichen in Kraft-Wärme-Kopplung Nutzungsgrade von bis zu 90%,
2. der erforderliche Ausbau in volatile, nicht ständig verfügbare Erneuerbare Energien erfordert die Vorhaltung flexibler Kraftwerkskapazität, insbesondere durch hocheffiziente GuD-Anlagen und
3. der weitere Ausbau dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung ist ein unverzichtbarer Bestandteil, um die Klimaschutzziele für die nächsten Jahrzehnte zu erreichen.